

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 0.90 RM. frei ins Haus, einschließlich der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“, „Der bessere Mittag“, „Wirtschaftliche Wissen für alle“, „Unterhaltungsbillette“. Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.



Telegr. Abdr.: Zeitung.

Die Millimeter-Anzeigen-Zeile kostet bei 46 mm Spaltenbreite 4 Reichspfennig. Die Millimeter-Anzeigen-Zeile kostet bei 46 mm Spaltenbreite 4 Reichspfennig. Die Millimeter-Anzeigen-Zeile kostet bei 46 mm Spaltenbreite 4 Reichspfennig. Die Millimeter-Anzeigen-Zeile kostet bei 46 mm Spaltenbreite 4 Reichspfennig.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer · Hauptgeschäftsführer und für den Anzeigenteil verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 58

Donnerstag den 17. Mai 1934

27. Jahrgang.

Deutscher Arbeitskongreß Großes ist geleistet worden

Berlin, 17. Mai.

Im Sitzungssaal des ehemaligen Preussischen Herrenhauses, dem jetzigen Preußenhaus, wurde der 2. Deutsche Arbeitskongreß in feierlicher Weise eröffnet. Die Gegenwart soll aller führenden Persönlichkeiten des politischen und wirtschaftlichen Lebens bewies eindrucksvoll, welch großer Wandel sich in der Bewertung der Arbeit in Deutschland seit der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus vollzogen hat.

Der Führer, Reichkanzler von Papen, die Reichsminister Dr. Frick, Dr. Goebbels, Seidler, Rust und von Helldorf sowie die Staatssekretäre des Reiches und Preußens und die Reichsstatthalter waren anwesend. Unter den anwesenden sah man ferner die Minister der Länder, die Mitglieder der NSDAP, sowie sämtliche Treuhänder der Arbeit.

Der Leiter des Führeramtes der Deutschen Arbeitsfront und der VdA, Dr. Rudolf Schmeier, eröffnete den 2. Deutschen Arbeitskongreß. Er gedachte zunächst, während der Verlesung der von den Völkern erhob, der verunglückten Vergleiche von Buglingen. Weiter teilte er mit, die Deutsche Arbeitsfront habe aus Anlaß dieses bedeutsamen Ereignisses eine Stiftung errichtet für die Hinterbliebenen der im letzten Kriegsjahre ums Leben gekommenen Arbeiter. Die Arbeitsfront habe weiter am Jahrestag ihres Bestehens dem obersteinsten Vergabebereich 2 Millionen RM zur Verfügung gestellt. Weiter habe sie die für Siedlungen im Ruhrrevier bestimmte Summe von 2 auf 5 Millionen erhöht und zur Beseitigung der augenblicklichen Not im Waldenburger Bergrevier eine halbe Million RM zur Verfügung gestellt. Hierauf nahm der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Staatsrat

Dr. Ley

das Wort.

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront ging in seiner großen Rede davon aus, daß ihn der Führer vor einem Jahr mit der Übernahme der Gewerkschaften beauftragt habe. Zur Umorganisation der Gewerkschaften hätten drei Wege offenstanden: 1. ein Verbot jeglicher Neubildung von politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, 2. die Bildung einer Einheitsgewerkschaft der Arbeiter und Angestellten, der gegenüber ein Einheitsverband der Unternehmer zu bilden gewesen wäre und 3. die sofortige Inangriffnahme der Durchführung des nationalsozialistischen Ideals, der Volksgemeinschaft: Arbeitnehmer und Arbeitgeber zusammenzuführen und die Interessenvertretung des einzelnen auf eine ganz neue Ebene zu stellen, den Gedanken der sozialen Ehre und der Unantastbarkeit in diese Gemeinschaft einzubauen und damit das ganze Volk nach dem Vorbild der NSDAP zu organisieren. Er, Dr. Ley, habe den dritten Weg gewählt, der ficherlich der weitaus gefahrloseste, aber auch der schönste und erfolgversprechendste sei.

Es sei in kürzester Zeit gelungen, das Vertrauen der werktätigen Massen zu erobern. Trotz schwerster Erschütterungen sei die Arbeitsfront von 5 Millionen Mitgliedern in einem Jahr auf 23 Millionen angewachsen. Die Unordnung und Mißwirtschaft sei nicht nur bei den freien Gewerkschaften sondern auch bei den öffentlichen und bei dem deutschen nationalen Handlungsgeschehen vorhanden gewesen. Trotzdem seien in knapp drei Monaten dank der Tätigkeit eines für alle Verbände gebildeten einheitlichen Schlichtungsausschusses der Verbände abgetragen und neue Bankguthaben angelegt worden.

Zur Prüfung, ob die neugebildete Arbeitsfront nicht nur auf dem Papier stehe sondern auch im Lande Vertrauen habe, hätten große Kundgebungen stattgefunden. Er, Dr. Ley, hätte die Betriebe in allen Teilen Deutschlands besichtigt und mehr als 70.000 Menschen an ihren Arbeitsstätten die Hand gegeben. Der Freitag vor dem 12. November, in jener denkwürdigen Stunde in den Siemens-Werken, hätte gezeigt, daß der Arbeiter der treueste Sohn der Nation geblieben sei. Allen Kritikern an der Arbeitsfront sei schlagartig der Wind aus den Segeln genommen worden. Unschätzbare das Erziehungswert am Unternehmer durchgeführt worden.

Die Interessengegenstände der einzelnen Menschen könnten niemals im Volk beseitigt werden. Es müsse sein, daß der eine fordern und der andere bewilligen oder ab schlagen. Aber beide Teile sollten offen und ehrlich zueinander sein. Es gehe nicht an, daß man Opfer verlange, während große Verdienste ausgeblendet würden. Ebenso gehe es nicht an, daß man aus Schwäche und Feigheit den Lohnforderungen immer wieder nachgebe und schließlich die Existenz des Betriebes gefährde. Keine knechtliche Arbeiterfront, sondern eine freie, selbstbestimmte Arbeiterfront, die den Interessen der Arbeiter und der Nation dienend sei. Die Organisation der Arbeitsfront, die in der neuen Dienstvorschrift niedergelegt sei, entspreche der NSDAP. Die NSDAP, sei der Kern — der Führer — der Arbeitsfront. Die Arbeitsfront sei die Gemeinde. Die Gewerkschaftsgemeinschaft würde von der NSDAP, bzw. NSDAP, geführt. Daneben baue die Arbeitsfront im Augenblick die Vorkontingente in ihrem Beruf sichern sollen.

Die Berufsgruppen sollten erreichen, daß alle deutschen schaffenden Menschen, genau so wie sie ihrer Soldatenpflicht genügen, auch ihrer Arbeitspflicht genügen. Die Arbeitsfront werde ihre neue Organisationsform bis spätestens 1. Oktober reiflos durchgeführt haben. Dann gehöre jeder Deutsche in die Partei oder in die Arbeitsfront, irgendwo in Deutschland zu einem Volk, in dem festgelegt werden könne, ob er anständig oder unanständig denke und handle. Außerdem könne sich seiner mehr dem Einfluß der Gemeinschaft entziehen. Für alle Zeiten sei ein Auseinanderstreben von Arbeiter und Unternehmer unterlag. Die Arbeitsfront werde alsdann, geführt von der Partei, die Menschen nicht mehr loslassen, jeder in Deutschland werde gezwungen sein, an dem Aufbau mitzuarbeiten.

Die Arbeitsfront sei Mittel zum Zweck, um der lebensbejahenden Idee des Nationalsozialismus in dem Ausbruch „Kraft durch Freude“ zum Siege zu verhelfen. In diesem Monat führen hunderttausende Menschen mit den Urlaubern, rund 20.000 Bergkumpeln zur See. Tausende von Strophern für Volkstum und Heimat seien in den Fabriken tätig. Im Wachsen Gebiet sei eine Siedlung von 5000 Häusern begonnen. Die alten überlieferten Gesellschaftsformen seien abgefallen, man schäme sich ihrer gar nicht. Das habe das gewaltige Volkseisen des 1. Mai bewiesen.

In der Partei seien 4 Millionen, in der Arbeitsfront 23 Millionen und darüber hinaus in „Kraft durch Freude“ weitere 8 Millionen organisiert. „Das gesamte deutsche Volk befinde sich im gleichen Rhythmus der nationalsozialistischen Weltanschauung. Wer sich entgegenstelle, der werde zerkleinert und vernichtet werden.“

Die Rede des Führers

In seiner Rede vor dem Zweiten Deutschen Arbeitskongreß ging der Führer, Reichkanzler Adolf Hitler, aus von den großen organisatorischen Leistungen des heutigen Deutschland, von denen eine der größten sicherlich die Erfassung der im wirtschaftlichen Leben stehenden Menschen sei. Im deutschen Volk habe sich unbewußt eine große und tiefe innere Sehnsucht nach einer Erlösung aus den früheren Formen unseres organisatorischen Lebens geltend gemacht, um so mehr, als Theorie und Wirklichkeit bereits weit auseinandergefallen waren. Auf allen Gebieten lie die marxistische Theorie durch die marxistische Praxis widerlegt worden. Das habe das Volk auch empfunden. Weder das Bürgertum noch das Proletariat in seinem überwiegenden Teil waren bereit, für ihre Überzeugung Opfer zu bringen oder gar zu sterben.

In fastlichen Worten geisterte der Führer unter tosendem Beifall die engstirnigen, kleingeitigen und schüchternen Gesichtspunkte, die als „weltanschauliche Probleme“ damals die Seelen dieser Männer eines vergangenen Regimes quälten und drückten. Wir hätten nicht in wenigen Monaten diese Welt überrennen und nicht die Gewerkschaften beseitigen können, so erklärte der Führer, wenn sein Glaube an die Möglichkeit der eigenen Idee noch vorhanden gewesen wäre. Wir standen damals vor einem sehr schweren Entschluß. Es gab einzelne Menschen, die meinten, wir dürften unter keinen Umständen diese Organisationen angreifen. Ich war der gegenteiligen Überzeugung, und mit mir die wesentlichen Führer der Partei.

Wir haben mit einem Schlage Tatsachen geschaffen, und die Entwicklung hat uns bestätigt, daß der überwältigende Teil der deutschen Arbeiter innerlich nicht mehr am Marxismus hing.

Aber es genüge natürlich nicht, Organisationen zu zer schlagen und neue aufzubauen, sondern es sei notwendig, daß das ganze deutsche Volk aus der Entwicklung innerlich lerne, und daß es die neu gewonnenen Erkenntnisse vernünftig und richtig anwende. Alles Organisieren, vom Staat angefangen bis hinunter zur kleinsten Zelle, habe nur dann einen Sinn und Zweck, wenn die Lebenshaltung damit in einem höheren Sinn und in einem weiteren Umfang gewährleistet werde.

Das könne aber immer leichter geschehen, wenn die Differenzen, die vorhanden sind, ausgeglichen werden durch die Zusammenfassung der Menschen. Es sei also der Zweck einer Organisation, ungleicher Lebenweisen zusammenzufassen, um sie zu gemeinsamer Handlung zu bringen. Damit werde eine Gedankengemeinschaft geschaffen, die im Marxismus ihren schärfsten Ausdruck gefunden hat, nämlich die Ebene der sogenannten Gleichartigkeit der Menschen.

Ein Sozialismus aus dem Sozialismus willen, existiert nicht. Wenn ihm eine Idee: Der Sozialismus ist eine wunderbare Idee, die aber mit unerbörten Opfern verbunden ist und dem Menschen dauernd Sorgen und Mühe auferlegt, dann mußte er antworten: Dieser Sozialismus ist etwas für Schädliches, daß man ihn so schnell wie möglich beseitigen muß. Gerechtfertigt wird eine revolutionäre Umwälzung nur dann sein, wenn sie tatsächlich im Endergebnis der besseren Sittlichkeit und Lebenshaltung eines Volkes dient. Das ist die einzige Rechtfertigung für den Sozialismus!

Die Lebenshaltung der Menschen werde nicht geschaffen durch Theorien, sondern durch Arbeit und immer wieder nur durch Arbeit. Der Führer schloß dann die Triebkräfte, die den Menschen überhaupt zur Arbeit führen.

Man müsse ausgehen von der Tatsache der Ungleichheit der Veranlagungen und Fähigkeiten. Dann aber fü-

men wir zu der Überzeugung, daß auch die Leistungen ungleichartig sind und sein werden. Man müsse schließlich einsehen, daß damit auch die Fähigkeit zur Verwaltung des Geleisteten zu allen Zeiten eine nicht gleichartige sein werde. Mit anderen Worten komme man hier zwangsläufig aus der sehr primitiven Ebene kommunistischer Auffassungen in eine höhere Ebene, die durch die Tatsache des Privateigentums gekennzeichnet wird. Der Marxismus der letzten 30 Jahre vor dem Kriege habe in der Theorie an der Überwindung des Privateigentums festgehalten, in der Praxis sei er aber bereits vollständig in der Sphäre des Privateigentums gelangdet. Er habe sich darüber gar nicht erheben können, weil der Kommunismus ja keine letzte Idealform des menschlichen Zusammenlebens, sondern seine primitivste Ausgangsform darstelle. Denn die höchste Gleichartigkeit sehe man nur bei den allerprimitivsten Lebewesen. Damit sei klar, daß im Augenblick, in dem verschiedene Fähigkeiten weiterbildend in die Erscheinung traten, die geschäftliche Leistung stets in einem unentzerrbaren Zusammenhang mit ihrem Schöpfer trat. Das heißt grundsätzlich: Nur der Schöpfer kann auch allein seine Leistung verwerten.

Damit sei die Basis des Privateigentums gegeben. Im Hinblick auf die Gefahren aber, die dieses an sich natürliche Prinzip in sich trage, müsse nun allerdings eine Modifikation Platz greifen, nämlich daß über diesem sogenannten freien Spiel der Kräfte der Grundgedanke der gemeinsamen Nützens vor dem eigenen, egoistischen Nutzen zu stehen hat. Höchste menschliche Leistungen seien zwar einem begnadeten Kopf zu danken, allein gestaltet und geschaffen werden können sie nur durch die Tatsache der Existenz einer Gemeinschaft.

Der Geist selbst wäre vollständig wertlos, wenn sich ihm nicht die Kraft zur Verfügung stelle. Auf der einen Seite müsse man dem freien Spiel der Kräfte einen möglichst breiten und freien Spielraum gewähren, auf der anderen aber betonen, daß dieses Spiel der Kräfte sich im Rahmen der den Menschen gegebenen Zweckgemeinschaft halten müsse, die wir als Volk und als Volksgemeinschaft bezeichnen.

Nur auf diesem Wege können wir erreichen, was wir erreichen müssen, nämlich die

höchste Steigerung der menschlichen Leistungen und damit der menschlichen Produktion.

Wir dürfen eines nie aus den Augen verlieren: Unsere gesamte Wirtschaft ist nicht aufgebaut worden nach den Prinzipien, die wir in unserer Staatsverwaltung kennen, denn würde das der Fall sein, dann gäbe es gar keine Wirtschaft. In der Wirtschaft seien viel härtere Auslesebedingungen zu erfüllen, und diese lägen im praktischen Kampf der Wirtschaft. Man müsse bedenken, wieviel Menschen im Wirtschaftsleben scheiterten und wie wenige es tatsächlich zu etwas bringen. Das würde, auf die Verwertung übertragen, bedeuten, daß ein hoher Prozentsatz aller Beamten scheitern müßte und nur ein Bruchteil es zu etwas bringen könnte. (Heiterkeit.) Wir könnten in einer durchgehend bürokratisierten Wirtschaft überhaupt nicht einen menschlichen Fortschritt erzielen; denn es sind zu einem Fortschritt ungeheure Einflüsse notwendig. Sowjetrußland kommt ihm vor wie ein Mann, der durch einen Sumpf wandere am Arm eines starken Menschen. Dieses Sowjetrußland gehe dauernd am Arm der kapitalistischen Staaten. Heute lebten die russischen Kommunisten nur von den nichtkommunistischen Einrichtungen dieser Welt. (Beifall.)

Eine Weltanschauung müsse aber vollständig auf eigenen Füßen stehen können! Die kommunistische könne dies nicht, oder sie ende stets mit einer entsetzlichen Not. Diese Tatsachen seien nicht zu bestreiten. Es seien Millionen Menschen an Hunger gestorben, in einem Lande, in dem auf acht Menschen in den Städten 92 Bauern kommen. Solche Zustände würden in Deutschland zwangsläufig zur Vernichtung des ganzen Volkes überhaupt führen.

Man kann nicht eine Höchstleistung der Produktion erreichen, indem man ein Prinzip verwirklicht, das jeder persönlichen Initiative von vornherein den Todesstoß verleiht. Wenn man mich fragt, was verstehen Sie unter Nationalsozialismus, so habe ich zu antworten: Nichts anderes, als daß zur Erhaltung unserer Gemeinschaft auf jeden Fall unseres Lebens die höchsten Fähigkeiten ausschließlich und autoritär zum Einsatz gebracht werden.

Wir sind der Überzeugung, daß, wenn wir die ganze Kraft der Nation in einen wirklich fruchtbringenden Produktionsprozeß einbauen, sich selbstverständlich diese Kraft nur dann auswirken kann, wenn jeder an dem Ergebnis des Produktionsprozesses nicht nur als Schaffender, sondern auch als Empfänger teilnimmt. Das wird sich ganz natürlich ergeben und regeln. Dann aber ist die Entfesselung eines Streites geradezu Wahnsinn, der gleiche Wahnsinn wie eine Arbeitslosenunterstützung ohne Gegenleistung. Die Volksgemeinschaft ist nicht dazu da, den einen Teil der Nation zu Gunsten des anderen zu belassen. Es muß eben Arbeit geschaffen werden. Das ist ein Organisationsproblem. Wenn man auf der einen Seite die Kräfte besitzt und auf der anderen Seite die Bodenschätze hat, dann muß man das fertigbringen.

Auch die Kommunisten schalten ja den Streik aus, sobald sie zur Macht kommen. Da heißt es dann auf einmal: Das kann sich das Proletariat nicht leisten. Das kann sich überhaupt niemand erlauben! So wenig ein Volk, das eine Gemeinschaft darstellt, sich erlauben kann, daß ein einzelner seinen Konflikt mit einem anderen mit der Faust austrägt.

to wenig kann es sich das in wirtschaftlicher Hinsicht leisten. Der Leidtragende ist stets die ganze Nation.

Da streiten sich 62 Millionen, haben das zu begreifen, nur weil zwei sich nicht einigen können. (Stürmische Zustimmung.) Dann muß über die beiden naturgemäß eine andere höhere Autorität stehen. Es ist die Autorität der Gemeinschaft, die Autorität des Staates, und zwar gänzlich unbeeinträchtigt und ungebunden.

Der Führer begründete dann an Hand unserer eigenen schmerzlichen Erfahrungen in den letzten Jahren in überaus anschaulicher und ironischer Weise die Unmöglichkeit, mit dem parlamentarischen Prinzip eine Autorität zu bilden.

Der Staat ist nicht der Hüter eines Unternehmers oder eines Arbeitnehmers, sondern er steht über beiden Interessenten und sorgt für Einigkeit nach dem Gegebenen der Billigkeit, des Rechtes und der Vernunft, die für uns alle gleich sind. Und wer sie nicht befolgen will, wird erfahren, daß über seinem Eigentum der Gemeinnutz der Nation steht, der durch uns seine Repräsentation erfahren hat. (Starker Beifall.)

Das, was wir als Ziel sehen, ist aber nicht von heute auf morgen zu erreichen, sondern dazu gehören vor allem Geduld und Zeit. Es wird überall und zu allen Zeiten Rücksicht geben. Eine Staatsführung muß solche Begleiterscheinungen wie ein Arzt zur Kenntnis nehmen und sorgen, daß der Fehler beseitigt wird. Deswegen darf man nicht verzagen an den Gesamtleistungen, am wenigsten am Gesamtwert eines Volkes mit den geschäftlichen Leistungen wie das unsere. Auch die kleinen berufsmäßigen Mängel seien unglückliche Kranke, blind und taub für alles, was außerhalb ihres beschränkten Horizontes vor sich geht.

Ich möchte daher der großen Deutschen Arbeitsfront wünschen, daß ihre Führung und alle ihre Mitglieder niemals den Glauben verlieren, komme, was kommen will.

Wenn wir den deutschen Arbeiter für den Staat erheben, dann werden wir ihn auch behalten als ein für das neue Deutschland unzertrennbares Fundament.

Eine ganze Nation wird heute von einem neuen Marschismus erfüllt, der sie nun begleitet und von dem wir wissen, daß er eines Tages unser Volk in glücklichere Zeiten hineinführen wird.

Wir alle, die wir einst den Krieg kennengelernt haben, wissen, daß das Ziel einer Politik nicht sein kann, Kriege zu führen. Unser Ziel wird immer sein, das Volk in seiner Lebenshaltung glücklich zu machen.

Wir kennen daher gar keine andere Politik als die des friedlichen Aufbaus.

Aber deshalb können wir unser Volk auch niemals zum Sklaven erniedrigen lassen. Von uns wird niemals der Frieden gebrochen, aber das neue Deutschland wird auch niemals sich selbst unterwerfen, niemals seine Rechte preisgeben, niemals von seinem Boden opfern. Fanatisch wird es seine Lebensrechte auf dieser Welt verteidigen und dafür einstecken bis zum äußersten. Wir werden niemals den Frieden brechen, aber niemand soll glauben, uns im Frieden widerstandslos unterwerfen zu können. (Langanhaltende stürmische Heilrufe.)

Die Arbeitschlacht in Berlin

Austruf an die Bevölkerung der Stadt Berlin und der Provinzen Brandenburg, Grenzmark Posen-Westpreußen, Pommern, Sachsen und Hannover.

Die zielbewusste, tatkräftige Führung unseres nationalsozialistischen Reiches hat — von dem Vertrauen des ganzen Volkes getragen — während des ersten Arbeitskampfsjahres bereits die Hälfte aller arbeitslosen Volksgenossen der Arbeitslosigkeit entzogen. Überall im ganzen Reich wird getreut dem Befehl des Führers mit jähem Mut und unerschütterlichem Vertrauen gegen die Arbeitslosigkeit weiter gekämpft. Es entkräftet aber nicht dem revolutionären Geist des Nationalsozialismus, den Feind nur an seinen schwächsten Stellen zu bekämpfen und zu warten, bis seine Macht allmählich dahinschwindet. Mit dem Mut, mit dem er sich der Hauptmacht des Feindes tapferstrotzend entgegenwirft, liegt der Glaube an den Sieg und damit ein Teil des zu erlangenden Erfolges beschlossen. Der nationalsozialistische Staat wartet nicht, bis in den Dörfern und kleineren Städten die Arbeitslosigkeit ganz niedergedrungen ist, um dann auch die Hochburgen der Arbeitslosigkeit — die Großstädte und

Industriebezirke — langsam von dieser Volksnot zu befreien, nein, er nimmt diesen Kampf gegen die stärkste Festung möglichst frühzeitig auf, um in geschlossener Front vorgehen zu können.

Bereits vor der Eröffnung der diesjährigen Arbeitschlacht durch den Führer hat der preussische Ministerpräsident die notwendigen Anweisungen für die Aufnahme des Kampfes zur Freimachung der Reichshauptstadt von Arbeitslosen durch den Staatskommissar der Hauptstadt Berlin gegeben. Die Vorarbeiten sind nun abgeschlossen; der Angriff wird vorgeht.

Bei der großen Zahl der Erwerbslosen kann die Stadt Berlin diesen Kampf nicht allein durchführen. Die benachbarten Provinzen sind mit der Wirtschaft der Reichshauptstadt auf Gedeih und Verderb verbunden. Sie sind damit naturgemäß in den Berliner Arbeitskampf eingeschlossen. Sie werden selbst den größten wirtschaftlichen Erfolg davon haben, wenn die Arbeiter insbesondere ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht Arbeitslose sind, die notdürftig von Unterhaltungen leben, sondern kaufkräftig gewordene erwerbsfähige Volksgenossen.

II. Der „Berliner Plan“ der die Bezeichnung „G. o. r. i. n. g. Plan“ trägt, umfaßt folgende Maßnahmen:

1. Verdrängung des Zugangs Arbeitsuchender nach Berlin;
2. die Inangriffnahme großer Werte schaffender Arbeiten, die Jehnlaufenden neue Arbeitsplätze geben;
3. Unterbindung jeder Schwarzarbeit;
4. Befreiung von Frauenarbeitsplätzen, die für Frauen ungeeignet sind, durch verheiratete Männer;
5. Rückführung Jugendlicher in Land- und Hauswirtschaft.

Nebenbei für den Erfolg der Maßnahmen des Berliner Arbeitskampfes ist das verständnisvolle freundliche Mitgehen aller. Jeder muß sich dessen bewußt sein, daß diese Maßnahmen getroffen werden, um unseren arbeitslosen Volksgenossen zu helfen und sie durch Arbeit wieder zur vollwertigen Mensch zu machen. Die anzuordnenden Maßnahmen sind geboten aus der Notwendigkeit heraus, die in den Jahren der Mißwirtschaft durch falsch eingeleitete Arbeitskraft und fehlgeleitetes Volksovernehmen herbeigeführte Unordnung organisch und planvoll zu einer gesunden Volkswirtschaft umzugestalten. Der Berliner Arbeitskampf, der „Göring-Plan“, wird durch Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten auch eine Vereinigung der vielfach noch fehlbesetzten Arbeitsplätze bringen. Er wird zur Steigerung der Kaufkraft, zur Stärkung des Binnenmarktes führen, hin zu dem Ziel einer organisch aufgebauten, selbstgenügsamen Volkswirtschaft.

zunächst jedem einen Arbeitsplatz, dann jedem seinen Arbeitsplatz.

III. Berlin als Hauptstadt Hitler-Deutschlands und die mit ihm eng verbundenen umgebenden Provinzen haben jetzt zu zeigen, welche Kraft in ihnen steckt. Durch den nationalsozialistischen Motor ständig vorwärts getrieben, will gerade auch die Reichshauptstadt, auf die die ganze Welt blickt, beweisen, daß bei einheitlichem Willen und einheitlichem Wirken jeder Arbeitsfähige und Arbeitswille die Möglichkeit erhalten kann, seine Kraft für die Volksgemeinschaft einzusetzen.

Un diesem Ziel mitzuarbeiten ist Pflicht und Schuldigkeit jedes einzelnen. Wir rufen alle hierzu auf. Wer an diesem großen Werke mithilft, bekämpft am wirksamsten nach dem Willen des Führers die Kleingeldlügen und Mörder. Nur die Zusammenfassung der Kräfte aller verbürgt den Aufbau des Dritten Reiches.

Ges. Der Staatskommissar der Hauptstadt Berlin, Dr. Rippert. — Der Oberbürgermeister der Stadt Berlin, Dr. Sahm. — Der stellvertretende Gauleiter der Groß-Berlin, Dr. Göttinger. — Bürgermeister der Stadt Berlin, Dr. Magroß. — Der Präsident der Reichsregierung für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Sprung. — Der Oberpräsident der Provinzen Brandenburg, Grenzmark Posen-Westpreußen und Gauleiter der Kurmark, Kube. — Der Oberpräsident der Provinz Hannover, Luge. — Die Gauleiter von Hannover-Ost, Hannover-Süd und Mecklenburg (für die hannoverschen Teile des Gaues), Telchow, I. B. Schmidt, Röber. — Der stellvertretende Präsident des Landesarbeitsamtes Brandenburg, Dr. Böning. — Der Präsident des Landesarbeitsamtes Niedersachsen, Dr. Kaphan. — Der Oberpräsident der Provinz Pommern, I. B. Wiedemann. — Der Gauleiter von Pommern, Karpentier. — Der Präsident des Landesarbeitsamtes Pommern, Kretschmann. — Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, von Miliß. — Die Gauleiter von Magdeburg, Anhalt und Halle-Merseburg, Böper, Jordan. — Der Präsident des Landesarbeitsamtes Mitteldeutschland, Dr. Voellig.

Mit der fürsorglichen Aufmerksamkeit des langjährigen Bediensteten zog er die Läden herein und hatte sie fest in die Kiesel, verpflanzte etwas Lavendel und stellte die Hausküche zurecht. „Wollen der Herr Baron nicht noch ein Bad nehmen?“ Ich habe alles dazu vorbereitet.“

„Mit meinem Abtun?“ „Achtungswanzig Grad, Herr Baron. Ich reibe Sie hernach wieder trocken.“

„Dann nehmen wir also noch ein Bad.“ „Darauf schief Merlin wie ein Kind, das frisch gewaschen ist. Zur angegebenen Zeit weckte ihn die Pflicht, indem sie kräftig gegen die Tür pochte. Merlin war aber noch nicht einmal in das Weinbleid gekommen, hupte unten schon ein Kraftwagen. Der Baron ließ einen Kaden zur Kasse auf, spalte nach der Pflicht und zog den Kopf eilig wieder zurück. Da hatte der Jettendbader nun doch wieder Pünktung gemacht!“

Eine junge Dame sprang eben vom Frühstückstisch den Motor ab und warf den hellen Mantel in den Fond. Die Federhaken folgte. Dann klopfen zwei Hände den feinen Staub vom gelben Leder der Schweißstiefel.

„Du liebe Zeit, wenn mochte da der Herr Baron wieder geschickt haben!“ Er läutete Sturm nach Jakob und als dieser nicht kam, schrie er nach der Pflicht. Aber von diesem war nichts zu sehen. Der Diener stellte ihm gute Wäsche vor, während die Pflicht ausföhlte, damit beschäftigt war, den neuen Ankleideraum zu betradten.

Mit offenem Kragen, den linken Arm in den Rock zwängend, hatte Merlin die Treppe hinauf und sah sich einer jungen Schönheit gegenüber, die in weißem Kleid und stimmungsvollem Abendhaar zu ihm heraufspähte. „Grüß Gott, Baron!“ „Bitte, erwiderns nicht!“ Ich bin bloß die Stiefle Brentano. Wollens noch?“

Und ob er's mochte! Als Sechsjährige hatte sie einmal so viel grüne Seidenkleider vom Jochenaufer Obdauern verziert, daß alles Kopf stand, weil man gewiß war, daß ihr kleiner Magen verpirringen würde. Ein andermal hatte sie gesehen, wie Jakob ein halbes Dutzend junge Raben in den Weiser beförderte, sprang in derselben Minute nach und ließ sich nicht eher her-

Gegen Preissteigerungen

Scharfe Maßnahmen der Reichsregierung.

Die von der Reichsregierung auch im laufenden Jahre fortgesetzten Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben der Wirtschaft erhebliche Aufträge zugeführt, die wirtschaftlichen Auftrieb veranlassen, leider einige Unternehmungen entgegenzusetzen. Es geht nicht an, die Unternehmungen zu belohnen, die Vorteile ziehen zu lassen und dadurch die Wirtschaft dieser Mittel zu beeinträchtigen. Eine Steigerung der Verdienstspanne ist auch so weniger notwendig, als infolge der Wirtschaftsbekämpfung der Umsatz hierdurch die Umsätze verringert werden und dadurch in vielen Fällen sicher notwendige Erlösaufbesserung ohne Preissteigerung von selbst eintreten wird. In Ermangelung der bereits in den letzten Wochen ergriffenen Maßnahmen hat daher der Reichswirtschaftsminister eine Verordnung gegen Preissteigerungen erlassen.

Für lebenswichtige Gegenstände des täglichen Bedarfs und lebenswichtige Leistungen zur Befriedigung des öffentlichen Bedarfs dürfen bis auf weiteres ohne Einwilligung der zuständigen Preisüberwachungsstelle von Verkäufern oder anderen Zusammenfassungen keine Mindestpreise, Mindestverarbeitungspreisen, Mindesthandelspreisen, Höchstnachteile oder Mindestzuschläge für den industriellen Geschäftsverkehr verabreicht, festgelegt oder empfohlen werden. Soweit solche Verordnungen, Festlegungen oder Empfehlungen bereits bestehen, dürfen sie ohne Einwilligung der Preisüberwachungsstelle nicht zum Nachteil der Abnehmer verändert werden. Von dieser Bestimmung werden u. a. auch Baustoffe und Bauleistungen betroffen. Soweit bisher Behörden auf Grund der Verordnung vom 8. Dezember 1931 Mindestpreise festgelegt haben, werden diese aufgehoben.

Die Bestimmungen der Verordnung beziehen sich dagegen nicht auf landwirtschaftliche Erzeugnisse und Leistungen, auf Preissteigerungen: in Durchführung des Gesetzes zur Bekämpfung der Notlage der Binnenwirtschaft und des Kartellamergesetzes. Preisüberwachungsstellen sind für die festgelegte Preisregelungen die Regierungspräsidenten, in den übrigen Ländern die obersten Landesbehörden; die sonstigen Preisregelungen zu bearbeiten, hat sich der Reichswirtschaftsminister selbst zu behalten.

Gleichzeitig mit dieser Verordnung hat der Reichswirtschaftsminister ein Rundschreiben an die Preisüberwachungsstellen gerichtet, in dem er diese ersucht, ihre ganze Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß die Preise nicht erhöht werden. Er hat ihnen zur Bekämpfung von Preissteigerungen nicht nur durch Verbände, sondern auch seitens einzelner Unternehmer noch weitere Befugnisse übertragen. Bei Feststellung ungerechtfertigter Preissteigerungen werden nicht nur Verbände aufgelöst werden, sondern der Reichswirtschaftsminister wird auch notfalls die Schließung von Betrieben anordnen und gegen den Schuldigen mit den schärfsten Maßnahmen vorgehen.

Bergwerksunglück in Belgien

44 Todesopfer zu beklagen?

Brüssel, 17. Mai. Nach einer Meldung aus Mons erbeugte sich in dem Kohlenbergwerk von Zie de Cambresis in Paturages eine Schlagwetterexplosion. Die Zahl der bis jetzt geborgenen Leichen beträgt acht. Die Zahl der eingeschlossenen Bergleute beträgt 36. Man nimmt an, daß die meisten der in der Grube eingeschlossenen Bergleute verloren sind. Die bis jetzt geborgenen Leichen sind sehr unvollständig. Die Grube brennt.

Die Bergungsarbeiten gestalten sich infolge der Hitze und der ausströmenden Gase außerordentlich schwierig. Eine Stunde vor Ausbruch der Katastrophe hatte noch eine Grobentinspektion stattgefunden, die aber nichts Auffälliges bemerkte.

Der deutsche Gesandte in Brüssel, Graf Adelmann, hat der belgischen Regierung das Beileid der Reichsregierung und seine persönliche Anteilnahme an der entsetzlichen Grubenkatastrophe, von der Belgien heimgejocht worden ist, ausgesprochen.

ausholen, bis nicht auch das letzte Kaskenvieh wieder auf dem Trockenen lag.

Ungezählt waren die Fälle, in denen sie Jettendach und die gesamten Nachbargüter in Aufregung versetzt hatte, und nun war sie in den paar Jahren, die er nicht mehr zu Gesicht bekommen, solch unverändert hübsches Frauenzimmer geworden.

„Ich bitte vielmals um Entschuldigung.“ Er schob in der Eile immer wieder an seinem Wackelarm vorbei, was zur Folge hatte, daß das Mädchen die paar Sekunden heraufsprang und ihm Jettendach leiste, „Ich bin noch nicht in Toilette.“

„Das macht nichts, Baron! Ich geh' einstweilen nachschauen, ob die Stachelbeeren schon reif sind.“

„Alle!“ verhierte er.

Sie lachte und ging nach der Veranda, wo er sie die Stufen hinaufziehen sah. Wie ein Schmetterling, dachte er und ließ die Treppe hinauf, um sich fertig anzukleiden. Als er zehn Minuten später nach unten schluderte, sie gerade noch nach der letzten Schale hinunter. „Kein find's, Baron! Ich hab' aber nicht alle gefunden, diesmal. Ein paar hängen noch dran. Können wir jetzt fahren?“

Er sah sie von der Seite an, was ihr ein Rätsel entlockte. „Unel! Was hast du heute zu Mittag gegessen? Ich komm' dir Herr von Jettendach zu einem Nachbargut.“ „Du hab' ich mir gedacht! Was soll der gute Baron zu Wasser werden, bis er herüberkommt.“ Im Auto hat man doch immer ein bißchen Luft.“

„Meine Lebensversicherung ist aber nicht fonderlich hoch, gnädiges Fräulein!“

„Sie brauchen keine Angst zu haben, Baron! Ich hab' ganz beifam.“

„Dank ist's glauben?“

„Seidert!“

„Zuvor nehmen Sie aber noch eine kleine Erfrischung bei mir.“

„Ja, bitte, wenn ich vielleicht ein Glas Wasser haben könnte.“

„Auf all die Beeren?“

„Ach! Sie denken wohl, es könnte wieder so eine Palastrevolution in meinem Magen geben?“

(Fortsetzung folgt.)

Die Siegerin

Roman von J. Schneider-Foerster

VERLEGER-RECHTSCHUTZ: VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(2. Fortsetzung.)

Laden und Karger, Stolz und Gleichgültigkeit tritten sich in dem Gesicht des alten Barons. Er zog die Borte und schaute ein Dreierstück heraus. „Trinken Sie eins auf das Vaterland! Mein Sohn hat eine große Erfindung gemacht.“

„Ich dank' auch, Herr Baron!“ Ein militärisches Salutieren, ein Schmaus auf's Rad, und zwei junge Weine strampelten wieder die Allee hinunter.

Das war immer dieselbe Geschichte mit Hans-Jörg. Born und Groll empfand er zuweilen über den Jungen und war doch immer wieder stolz auf ihn, umringt ihn mit beiden Armen, wenn er kam, und die Pflicht mußte die verbannte Pflichte flache Wein aus dem Keller holen, weil es doch nun einmal sein Sohn war — sein einziger.

Das Telegramm zusammenfaltend, ging Merlin sinuend nach dem Hause zurück.

„Um Viertel drei Uhr wecken.“ befahl Baron Merlin dem Bedienten, der zugleich Meistreich war. „Pünkt vier Uhr muß der Meistor gefastet sein. Du kommst mit hinüber und nimmst ihn wieder mit zurück. Den Meistord mach' ich zu Fuß.“

„Der Herr Baron reiten nach Ebenhausen?“

„Nach Jettendach.“ „Mein Sohn hat eine Erfindung gemacht, Jakob. Trinkt eine von dem Mostel, den er zu Weinhandeln geschickt hat.“

„Ergebnisse! Herr Baron!“ Jakob sprang die Treppe voran und öffnete die Tür zu dem großen Wohnzimmer, bedeckte das Bett auf und half Merlin bei der Entkleidung.

Neue Gesetze

Ehrentreu für alle Kriegsteilnehmer und Kriegsoffiziere.
Berlin, 16. Mai.

Das Reichskabinett verabschiedete in seiner Sitzung ein Gesetz über die Feuerbestattung, durch das eine einheitliche Regelung für das ganze Reichsgebiet herbeigeführt wird.

Ferner beschloß das Reichskabinett, dem Reichspräsidenten den Erlass einer Verordnung über die Stiftung eines Ehrentreuzes für alle Kriegsteilnehmer sowie für die Witwen und Eltern gestatten, an den Folgen von Verwundungen oder in Gefangenschaft verstorbenen oder verstorbenen Kriegsteilnehmer vorzuschlagen.

Beschlossen wurde auch ein Ergänzungsgesetz zum Gesetz über Titel, Orden und Ehrenzeichen vom 7. April 1933, durch das dem in den Nachkriegsjahren hervorgetretenen Ordensmißbrauch ein Riegel vorgeschoben wird. Das Tragen von nicht zugelassenen Orden wird unter Strafe gestellt.

Ein Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes zur Minderung von Vorschriften auf dem Gebiete des allgemeinen Beamten-, des Polizeibeamten- und des Versorgungsrechtes ordnet an, daß die Bezüge der Angestellten und Arbeiter der Länder, Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechtes herabzusetzen sind, soweit sie höher liegen als die Dienstbezüge der gleich zu bewertenden Dienstverpflichteten beim Reich.

Das ebenfalls verabschiedete Gesetz über Minderung der Vorschriften über die Reichsfluchtsteuer gestaltet diese Steuer wirksamer und schließt vorhandene Lücken. Es wird danach künftig die Freigrenze bei Vermögen von 200 000 RM auf 50 000 RM herabgesetzt. Ferner sollen im Falle der Abwanderung auch die Personen zu einer letzten großen Abgabe herangezogen werden, die in den Steuerabschnitten, die im Jahre 1932 und in den folgenden Jahren endeten, ein Einkommen von mehr als 20 000 RM gehabt haben.

Das Gesetz zur Regelung des Arbeitsvertrages soll den Bedarf der Landwirtschaft mit den notwendigen Arbeitskräften sicherstellen und die Beschäftigung der Arbeitslosigkeit in den Großstädten wirksamer gestalten. Das Gesetz schafft die Möglichkeit, Bezirke mit hoher Arbeitslosigkeit für zugehende Personen, die sich dort als Arbeiter oder Angestellte betätigen wollen, von einem bestimmten Zeitpunkt ab zu sperren. Gedacht ist zuerst an eine Anordnung für das Wirtschaftsgebiet Groß-Berlin. Die Beschäftigung von Personen, die mit dem Lande verwurzelt und mit landwirtschaftlichen Arbeiten vertraut sind, in nicht landwirtschaftlichen Berufen oder Betrieben kann verhindert werden.

Das Reichskabinett verabschiedete alsdann das vom Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda vorgelegte Theater-Gesetz, durch das die Theater in Deutschland rechtlich in Träger einer öffentlichen Aufgabe umgewandelt werden.

Schließlich wurde ein Gesetz über die Umwandlung wertbeständiger Rechte und ihre Behandlung im landwirtschaftlichen Entschuldigungsverfahren (Koggenkündengesetz) angenommen, das den Grundriss der allgemeinen Umwandlung der Koggen- und Weizenrechte in Reichsmarkrechte enthält. An die Stelle von je einem Zentner Koggen oder Weizen tritt ein Betrag von 7,50 oder 9,50 RM.

Großzügige Stiftung

für die Opfer der Arbeit.

Der Staatsleiter der WD. und Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, empfing Pressevertreter, um ihnen von verschiedenen neuen Aktionen der Deutschen Arbeitsfront Mitteilung zu machen, in deren Mittelpunkt eine großzügige Stiftung für die Opfer der Arbeit steht. Mit dieser Stif-

tung, deren juristische Einzelheiten zur Zeit noch festgelegt werden, soll den Angehörigen besonders gefährlicher Berufe wie es vor allem die Bergarbeiter sind, jegliche Existenzsorgen für den Fall eines Unglücks abgenommen werden.

So ist nach den Ausführungen Dr. Ley's u. a. geplant, daß die Stiftung 1. B. Kindern, deren Ernährer durch einen beruflichen Unfall ums Leben gekommen ist, bis zu ihrem 18. Jahre die notwendigen Mittel zur Ausbildung und zur Existenz gibt. Ebenso soll für die Eltern gesorgt werden, wenn ihnen der Sohn als Ernährer durch ein Unglück genommen ist und leistungsfähig auch für die Frau in einem derartigen Falle, wobei besondere Berücksichtigung als Ausbildung gegeben werden sollen, wenn die Hinterbliebenen sich wieder verheiratet. Diese Stiftung soll zum ersten Male für die Hinterbliebenen der Opfer der Unglücks von Duggingen in Kraft gesetzt werden.

Im übrigen wies Dr. Ley in diesem Zusammenhang auf die 30prozentige Urlaubsnachzahlung hin, die den Bergleuten schon heute dann gewährt wird, wenn das Unternehmen nicht in der Lage ist einen normalen Urlaub von sich aus zu bezahlen. Schon seit längerer Zeit hat der Führer der Deutschen Arbeitsfront seine Aufmerksamkeit besonders auf

umfassende Siedlungspläne

gerichtet, die nun, wie er ausführte, weiter ausgebaut werden sollen. In diesen Tagen sei die Karte der Arbeitsfront angewiesen worden, 2 Millionen RM für derartige Siedlungspläne in Oberpfälzer Bezirken bereitzustellen, während der Betrag für die im Magener Gebiet in Angriff genommene Siedlung von 2 auf 5 Millionen RM erhöht worden ist. Für das Waldenburger Ostlandsgelände hat Dr. Ley eine Sonderhilfe von einer halben Million bewilligt.

Dr. Ley ging dann u. a. in seiner Unterredung auf die großen Leistungen des Amtes „Kraft durch Freude“ ein, und wies darauf hin, daß allein im Mai 100 000 Volksgenossen in Urlaubszügen befördert wurden, während etwa 20 000 Gelegenheit haben, auf einem der schönen deutschen Dampfer zur See zu fahren. Bei allen diesen Leistungen der Deutschen Arbeitsfront ist besonders hervorzuheben, daß die Beiträge gegenüber den früheren Gewerkschaftsbeiträgen im Laufe eines Jahres um 50 v. H. gesenkt werden konnten. Ueber die Zukunftspläne äußerte sich Dr. Ley eingehend, wobei er vor allem darauf hinwies, daß er die Betriebe immer strenger im Rahmen der Arbeitsfront organisieren wolle. Zu diesem Zwecke sollen

„weltanschauliche Stoßtrupps“

aus der jungen Mannschaft größerer Betriebe ausgebildet werden. Sie sollen, begründet auf Brauchtum und Sitte, den neuen Rhythmus des Nationalsozialismus in den Betrieben angeben. Dr. Ley hofft, schon bis zum August zahlreiche solcher Stoßtrupps in Aktion zu haben.

Anordnung des Führers der DAF.

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, hat folgende Anordnung erlassen:

Mit sofortiger Wirkung wird angeordnet, daß künftig die Bezeichnungen 1. Gesamtverband der Arbeiter, 2. Deutsche Angestellten-Gesellschaft, 3. Gesamtverband Handel, Handwerk und Gewerbe nicht mehr angewandt werden dürfen.

Diese Anordnung gilt sowohl für den inneren wie den äußeren Dienstverkehr.

Es gibt in der DAF nur noch die Bezeichnung Reichsbetriebsgemeinschaft und Reichsberufsgruppe.

Die angestellten Ärzte und Apotheker gehören in der DAF als Einzelmitglieder lediglich ihrer Reichsbetriebsgemeinschaft und ihrer Reichsberufsgruppe an. Die Leitung der Reichsbetriebsgemeinschaft „Freie Berufe“ übernehme ich selber. Die Gruppe „Gesundheit“ in der Reichsbetriebsgemeinschaft „Freie Berufe“ übertrage ich dem Leiter der „Gesundheitsgruppe“, Amtsleiter Dr. Gerhard Wagner.

Zur Saarabstimmung

Strafbestimmungen für Vergehen.

Der Berner „Bund“ legt seine Veröffentlichungen über die Beschlüsse des in Genf tagenden Ausschusses für die Saarabstimmung fort. Dieser Ausschuss hat seine Arbeit beendet. Wie dem „Bund“ aus Genf berichtet wird, wird folgende Strafbestimmungen für Vergehen, die mit der Saarabstimmung zusammenhängen, festgelegt werden:

Es werden Strafen bis zu 15 000 französischen Francs und erhebliche Gefängnisstrafen vorgegeben für jeden, der Wahlabschlüsse vornimmt und durch Gewaltanwendung, Drohung, Einschüchterung oder Bestechung die Wähler beeinflussen sucht.

Besondere Strafen sind für Beamte und alle anderen Personen vorgegeben, die eine offizielle Aufgabe bei der Saarabstimmung durchzuführen haben. Die Sicherstellung der Wahllokale wird ebenfalls durch besondere Strafbestimmungen geschützt. Schließlich ist Präventivhaft ohne Haftbefehl vorgesehen bei allen Verträgen gegen die angeführten Bestimmungen. Die Präventivhaft kann sogar dann verhängt werden, wenn die Bestimmungen des Artikels 112 und 114 des Deutschen Strafgesetzbuches nicht gegeben sind.

Der „Bund“, der seine Informationen ansehnend von Beamten des Völkerverbundsekretariats oder aus anderen Quellen beschafft, ist verpflichtet, die Angelegenheiten der Saarabstimmung nicht zu unterrichten, so daß auch diese Angaben im weitestmöglichen Maße als zureichend angesehen werden können. Ein Verstoß gegen diese Vorschrift ist in jedem Punkt mit der letzten und energiegeltesten Strafe bestraft.

Turnen und Sport

Joe Jacobs verhaftet. Joe Jacobs, Max Schmeling's treuer, ist an der spanisch-französischen Grenze verhaftet worden. Ihm wird vorgeworfen, 2000 für die Steuer bestimmt worden unterlagern zu haben. Jacobs befindet sich gerade auf der Reise von Barcelona nach Paris. Nähere Mitteilungen über diesen reichlich mysteriösen Vorfall fehlen zur Stunde noch.



Vom Boxkampf Schmeling-Jacobs.

Unter Bild zeigt den Deutschen im Angriff. Der Spanier (links) duckt einen rechten Haken Schmeling's ab.

Mein Pfingstangebot

Prima Rindfleisch 70 Pfg.
Kalb- und Kamm 60 Pfg.
Schweinehackfleisch 60 Pfg.
Roher- u. gekochter Schinken
1/2 Pfd. 55 Pfg.
Fetter Speck 90 Pfg.
Schweinefleisch 65-75 Pfg.
Kalbfleisch 65-70 Pfg.
Frische Bratwurst 80 Pfg.
Schinken Speck 110 Pfg.
1/2 Pfd. Schmalz 90 Pfg.
Frische Kochwurst 75 Pfg.

Sowie sämtliche Wurstwaren zu billigen Preisen
Meizgerlei. Telefon 185.
Wilhelm Holzhauser

Gerade bei den Umbauten und Instandsetzungen Ihrer Häuser müssen Sie dem Holze einen kräftigen Schutz verleihen. Nehmen Sie

XYLAMON

Es schützt das Holz vor Fäulnis, hält den Schwamm fern und tötet alle Holzwürmer und sonstige Insekten ab. Leicht streichbar in naturbraun, farblos und in vielen Farbtönen.

KARL BENDER

Lesen Sie Ihr Heimatblatt!



Alles auf nach Elbersdorf

Am 2. Pfingstag findet von Nachm. 3 Uhr ab

bei Gastwirt Schmeltz ein

gr. öffentl. Tanzvergnügen

stift wozu freundlichst einladen

Die Burschen Der Wirt
Karussell u. Volksbelustigungen

Fernsprech - Teilnehmer-Verzeichnisse auf Karton aufgezogen liefert Buchdruckerei H. Munzer

Lotholz 1934

Die Verlosung findet am Freitag, den 18. Mai 1934 im Rathaus (Ratskellereiwirtschaft) statt und zwar für die Einwohner mit den Buchstaben

A bis K von 9 bis 12 Uhr, L bis Z von 2 bis 4 Uhr. Für die zum Verzuge des Lotholzes berechtigten Einwohner, die am Termine nicht erscheinen, wird das Los hier gezogen. Die Ausgabe der Lotholzettel findet sofort statt.

Spangenberg, den 16. 5. 34.
Der Bürgermeister:
Jenner.

Der Austrieb der Weidewiere auf die Kreisjungsweide in Elbersdorf war so gering, daß kaum damit zu rechnen ist, daß die Weide für die kommende Zeit aufrecht erhalten werden kann, wenn nicht noch mehr Jungvieh zum Austrieb kommt. Das Weidegeld beträgt: Kinder 30 Mk., jährige Fohlen 45 Mk., ältere Fohlen 55 Mk.

Der Austriebssatz ist mit Herrn Kreisbesitzer Reiter Spangenberg-Gut Halbersdorf zu vereinbaren. Der Austrieb ist ein Nachweis vorzulegen, daß die Tiere versichert sind.

Spangenberg, den 17. 5. 1934.

Der Bürgermeister Jenner.

Zurück am Dienstag nach Pfingsten
Dr. Jütte
Augenarzt Kassel

Sommerproffen
werden, wenn alles versagt, durch Venus
Gegen Pickel, Mitesser, Säure-A
Ärztlich empfohlen. Lassen Sie nicht länger als häßlich herum.

Apothek Spangenberg.

Chorberein
Viedertränken
Donnerstag abh. 49 11h

Gesangsfunde

Aus besonderen Anlaß vollständiges Geschehen erforderlich. Eintreffen der Beiträge.

Der Vorstand.

Für mittleren Gutsbesitzer vom Band

Mädchen für sofort gesucht

Frau V. Kubold
Rittergut Wolfheim

Stat. Garmutshausen

Speisefarbstoffe

zu verkaufen, Reiter, Halbersdorf.

Der Wunsch der Hausfrau ein Elektroherd!

Erneuerung der Küche eine neue Küche zu vollenden. Der Wunsch der Hausfrau ein Elektroherd!

Ein